



Bundesministerium  
für Bildung



Geschäftszahl BMB-16.812/0065-IP/1/2016

**Zur Veröffentlichung bestimmt**

**25/4.1**

**Tagung des Rates für Bildung, Jugend, Kultur und Sport in Brüssel am 21. November 2016**

## **VORTRAG AN DEN MINISTERRAT**

Am 21. November fand in Brüssel die 3502. Tagung des Rates für Bildung und Jugend statt. Von österreichischer Seite nahm **Frau Bundesministerin Dr.<sup>in</sup> Sophie Karmasin für den Rat Jugend** und **Frau Bundesministerin Dr.<sup>in</sup> Sonja Hammerschmid am Rat Bildung** teil. Den Vorsitz führte der slowakische Minister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Sport, Peter Plavčan. Die Europäische Kommission war durch Kommissar Tibor Navracsics und Kommissarin Marianne Thyssen vertreten.

### **Jugend**

Die Tagesordnung sah zwei Punkte vor:

1. *Annahme der Schlussfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedsstaaten zur Förderung neuer Ansätze in der Jugendarbeit für die Aufdeckung und Entwicklung des Potentials junger Menschen (Dok 13621/16)*

Jugendarbeit unterstützt junge Menschen bei der Entwicklung ihrer Persönlichkeit und ihres Potentials und bietet dabei Raum zum Ausprobieren neuer Erfahrungen, in dem auch das Scheitern, das Teil jedes Lernprozesses ist, erlaubt ist. In der digitaler werdenden Welt sind dazu auch neue online und offline Instrumente notwendig, deren methodische Innovationen in die Jugendarbeit zu integrieren sind. Darüber hinaus werden die Europäische Kommission und die MS eingeladen, Daten und Fakten über Trends von Lebenseinstellungen junger Menschen zu sammeln und zu verbreiten, um ein besseres Verständnis für die Lebenssituation junger Menschen herbei zu führen.

**2. Orientierungsaussprache gemäß Art. 8 Abs. 2 der GO des Rates zum Thema „Junge Europäer im Mittelpunkt einer modernen Europäischen Union“ (Dok 13617/16)**

*Bezugnehmend auf die Erklärung von Bratislava schlug die Präsidentschaft drei Fragen vor, die die Diskussion der MinisterInnen strukturierten: dabei ging es um die Frage, wie die Ideen und Werte des Europäischen Projektes in der jungen Generation noch deutlicher verankert werden können und wie die Verbindung zwischen Jugendlichen und politisch Verantwortlichen gestärkt werden kann.*

Frau Bundesministerin Karmasin wies darauf hin, dass Jugendliche, wie in der Bratislava-Erklärung angesprochen, Freiheit und Mobilität erleben, ihre eigene Existenz aufzubauen und Wohlstand erlangen wollen. Die Europäische Union ist ein gutes Instrument, um diese Ziele erreichen zu können. Die Sehnsucht danach, einfache Antworten auf komplexe Herausforderungen zu bekommen, sei verständlich – in einer globalisierten Welt ist diese Einfachheit aber real nicht herstellbar. Um widerstandsfähig gegen Demagogie und Radikalisierung zu sein, ist die Verbesserung von Informations- und Medienkompetenz von Jugendlichen von zentraler Bedeutung. Das Bundesministerium für Familien und Jugend stellt eine Reihe von Tools zur Verfügung, die in diese Richtung zielen.

Der Strukturierte Dialog zwischen Jugendlichen und politischen EntscheidungsträgerInnen ist eine wichtige Kommunikationsmethode, die für alle Beteiligten interessante Erkenntnisse bereithält. Diese Form des Austausches soll auch nach 2018 durch eine neue Europäische Jugendstrategie fortgeführt werden.

Abschließend äußerte sich Frau Bundesministerin Karmasin noch positiv zum neuen Projekt der Europ. Kommission, dem „Europäischen Solidaritätskorps (ESK)“. Ähnlich wie beim gut etablierten Europäischen Freiwilligendienst hofft Frau Bundesministerin Karmasin, dass auch das ESK Jugendlichen das Gefühl vermitteln wird, „wertvoller europäischer Bürger/Bürgerin“ zu sein und dass sich bei den Jugendlichen im Zuge ihres Einsatzes neue Bildungs- und Jobperspektiven entwickeln.

Um die hohen Erwartungen an das „Europäische Solidaritätskorps“ erfüllen zu können, ersucht Frau Bundesministerin Karmasin die Europ. Kommission um sorgfältige Klärung aller derzeit noch offenen Fragen und einen guten Vorbereitungsprozess.

## **Bildung**

Der Rat nahm die „*Entschließung des Rates zu einer neuen Agenda für Kompetenzen für ein inklusives und wettbewerbsfähiges Europa*“ als politische Reaktion auf die Kommissionsmitteilung „Eine neue europäische Agenda für Kompetenzen“ an, die im Juni 2016 veröffentlicht wurde. Die Mitteilung zielt darauf ab, den Herausforderungen von gering qualifizierten Menschen auf dem Arbeitsmarkt zu begegnen und gliedert sich in drei Bereiche:

- Verbesserung der Qualität und Relevanz des Kompetenzerwerbs,
- Verbesserung der Darstellung und Vergleichbarkeit von Kompetenzen und Qualifikationen,
- Verbesserung der Erfassung von Daten über Kompetenzen und der Informationen für bessere Entscheidungen über die Berufswahl.

Die Europäische Kommission hat in der Mitteilung 10 konkrete Maßnahmen angekündigt, die in den nächsten Jahren umgesetzt werden sollen.

Ein wichtiges österreichisches Anliegen war die Verankerung der Bedeutung von transversalen Kompetenzen und der zentralen Rolle von Bildung nicht nur für den Arbeitsmarkt, sondern auch für soziale Kohäsion. Die Resolution spricht dieses Thema sehr deutlich an, die Europäische Kommission wird aufgefordert, die Inhalte dieser Entschließung bei allen zukünftigen Maßnahmen im Rahmen der New Skills Agenda zu berücksichtigen.

Im Anschluss gab es eine politische Einigung zum „*Vorschlag für eine Empfehlung des Rates für Weiterbildungspfade: Neue Chancen für Erwachsene*“. Die Empfehlung ermutigt die Mitgliedstaaten, geringqualifizierten Erwachsenen Weiterbildungsmöglichkeiten anzubieten, damit sie ein Mindestniveau an Lese-, Schreib-, Rechen- und digitalen Kompetenzen erreichen. In weiterer Folge wird angestrebt, dass sich ein möglichst großer Teil der Zielgruppe dem EQR-Niveau (Europäischer Qualifikationsrahmen) 3 oder 4 annähert.

Das Konzept der Weiterbildungspfade soll in drei Stufen aufgebaut werden:

- Bewertung der vorhandenen Kompetenzen,
- Bereitstellung eines maßgeschneiderten, flexiblen und hochwertigen Lernangebotes,
- sowie anschließende Validierung und Anerkennung der erworbenen Kompetenzen.

Die Europäische Kommission soll die Umsetzung der Maßnahmen in den Mitgliedstaaten verfolgen und fördern, sowie eine Bestandsaufnahme bis Ende 2018 vorlegen.

Der Rat nahm als Follow-up zur Pariser Erklärung der BildungsministerInnen vom März 2015 und zur im Juni veröffentlichten Kommissionsmitteilung zur „Unterstützung der Prävention von Radikalisierung, die zu extremistisch motivierter Gewalt führt“ die „*Schlussfolgerungen des Rates und der im Rat der vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedsstaaten zur Prävention von Radikalisierung, die zu gewaltbereitem Extremismus führt*“ an. Seit den Anschlägen von Paris und Brüssel stehen die Themen Förderung von Politischer Bildung und Maßnahmen zur De-Radikalisierung auf der politischen Agenda der EU. Die Schlussfolgerungen betonen, dass eine bereichsübergreifende Zusammenarbeit notwendig ist und heben die wichtige Rolle der Bildung zur Prävention von Radikalisierung hervor. Insbesondere geht es dabei um die Förderung von sozialer Integration und der gemeinsamen Werte der Union, sowie um eine Verbesserung der sozialen Mobilität und Integration.

Die Orientierungsaussprache der MinisterInnen hatte die „*Förderung und Entwicklung von Talenten: Strategien für die Erkennung und Ausschöpfung des Talentspotenzials junger Menschen*“ zum Thema. Österreich betonte, dass es Ziel der Bildungspolitik sei, allen Kindern die gleichen Chancen auf die beste Bildung unabhängig von Herkunft oder Erstsprache zu geben. Dieses Ziel werde derzeit insbesondere mit dem Ausbau der ganztägigen Schulformen forciert, für die 750 Mio. Euro bereitgestellt werden, um besonders Kinder aus sozial schwächeren Familien zu unterstützen. Österreich erläuterte weiters, dass das Herzstück der derzeitigen Bildungsreform das Autonomiepaket sei, mit dem Ziel den Unterricht individueller und themenspezifischer zu gestalten. Begleitend dazu seien Programme für die Bildungs- und Berufsberatung, inklusive einer Weiterbildung von Lehrkräften, gestartet worden.

Weiters gebe es Initiativen wie „Schnuppertage“, damit junge Menschen die Möglichkeit haben, verschiedene Branchen kennenzulernen. Neben den Maßnahmen auf der schulischen Ebene, seien auch Maßnahmen auf der pädagogischen Ebene wichtig. Daher wurden Professuren für Begabungsförderung und –forschung an Pädagogischen Hochschulen und Universitäten eingerichtet. Österreich erklärte, dass sich neben Wettbewerben wie „Jugend Innovativ“ oder dem „Media Literacy Award“ auch das Programm „Sparkling Science“ in Zusammenarbeit mit dem BMWFW bewährt habe. Dabei arbeiten Schulen mit Universitäten zusammen und SchülerInnen erhalten so möglichst früh einen Einblick in Forschungsprojekte an Universitäten und die Möglichkeit ihre Interessen zu entdecken.

Bezüglich der Tagung des Rates Bildung und Jugend stellen wir daher den

**A n t r a g,**

die Bundesregierung wolle die Information über die 3502. Tagung des Rates für Bildung und Jugend am 21. November 2016 in Brüssel zur Kenntnis nehmen.

Wien, 1. Dezember 2016

Die Bundesministerin:  
Dr.<sup>in</sup> Sonja Hammerschmid

Die Bundesministerin:  
Dr.<sup>in</sup> Sophie Karmasin